

Hochspannung

Ralph Schulze
zur Autonomie-Bewegung in Katalonien

Die Abstimmung in Schottland über die Unabhängigkeit am 18. September wird in Spanien mit Hochspannung verfolgt: Denn auch im nordspanischen Katalonien wollen immer mehr Menschen einen eigenen Staat. Gestern gingen Hunderttausende Katalanen in Barcelona auf die Straße und forderten, ebenfalls über die Abspaltung ihres industriestarken Gebietes entscheiden zu dürfen. Ein „Yes“ der Schotten würde die Separatismusgelüste der Katalanen zweifellos weiter beflügeln. Zumal Spaniens Zentralregierung in Madrid, die eine Abstimmung in Katalonien keinesfalls erlauben will, dadurch weiter in Erklärungsnot geraten dürfte. Entsprechend hoffen nicht nur der britische Premier Cameron, sondern auch der spanische Regierungschef Rajoy inständig, dass Schottland „No“ sagt.

Während die schottische Regionalregierung und London das Unabhängigkeitsreferendum politisch aushandeln, stößt die katalanische Regierung in Madrid auf taube Ohren. Spaniens Parlament lehnte bisher jegliche Verhandlungen über eine Unabhängigkeit Kataloniens ab. Auch wenn noch unklar ist, ob die Befürworter eines katalanischen Staates die 50-Prozent-Marke überschritten haben: Erhebungen lassen wenig Zweifel, dass eine große Mehrheit der Katalanen wenigstens das Maß an Autonomie wünscht, ohne Bevormundung über das eigene Schicksal entscheiden zu dürfen – wie auch immer das aussehen mag. politik@weser-kurier.de

Aus der Krise

Peter Hanuschke
zu Perspektiven im Schiffbau

Seit sechs Jahren steuert die Schiffhaff durch ihre bislang längste Krise. Dass die IG Metall für 2015 dennoch mit einem moderaten Stellenzuwachs in den norddeutschen Werften rechnet, erscheint auf den ersten Blick unwahrscheinlich. Auf den zweiten ist aber eben gerade die Krise eine der Ursachen, weshalb weltweit eine Auftragswelle für Neubauten für volle Orderbücher sorgt. Denn die immer noch viel zu geringen Charterraten zwingen die Reeder zu neuen Schiffen mit größerer Tonnage, um die explodierten Treibstoffpreise kompensieren zu können. Zum Glück profitieren von diesem Auftragsboom nicht nur asiatische Werften, die den europäischen Schiffbauationen schon längst den Rang abgelaufen haben, was den Bau von Großcontainerschiffen angeht. Der Zwang zum Treibstoffsparen und verschärfte Umweltvorschriften beziehen sich auch auf kleinere Schiffseinheiten und davon profitieren die norddeutschen Werften und deren Zulieferbetriebe, die sich unter anderem auf den Bau von Spezialschiffen und Schiffstechnik konzentrieren. Die Geschäfte werden aber nur dann weiter gut laufen, wenn die Innovationen besser sind als die Konkurrenz in Asien. Der Vorsprung ist nur zu halten, wenn es weiter gelingt, qualifiziertes Personal zu bekommen – das wird die große Herausforderung der nächsten Jahrzehnte für die Schiffbauation Deutschland sein. peter.hanuschke@weser-kurier.de

WESER KURIER

BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH
Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Silke Hellwig, Peter Bauer (v.i.S.d.P.)
Chef vom Dienst: Daniel Killy

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Politik: Joerg Helge Wagner
Digital: Thomas Lindemann · Wirtschaft: Andreas Kölling
Bremen und Regionallitung: Peter Voith · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Marc Hagedorn · Vermischtes: Jürgen Beermandt · Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube · Layout: Stephan Meiniking · Redaktionelle Projekte: Stefan Dammann · Büro Berlin: Norbert Holst, Alexander Pitz · Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Johanna Tyrell

Anzeigen: Stark Kundenservice Center Achim GmbH
verantwortlich: Michael Sulenski
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 29,90 € einschließlich 7% USt. Anzeigenpreise
und -bedingungen nach Preisliste Nr. 68.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30
bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags
von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und
sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen
Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten
Regionalausgabe.

Verlag: Telefon 04 21 / 36 71 0
Telefax 04 21 / 36 71 10 00
Abonnenten-Service: Telefon: 04 21 / 36 71 66 77
Telefax 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr)
Telefon 0800 / 36 71 222*
*Kostenlos aus dem Festnetz,
Mobilfunktarife können abweichen
Redaktion: Telefon 04 21 / 36 71 0
Telefax 04 21 / 32 83 27
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme: Telefon 04 21 / 36 71 66 55
Kleinanzeigen Telefax 04 21 / 36 71 10 10
Anzeigen Telefax: 04 21 / 36 71 11 00
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de



Wende eines Getriebenen

Noch vor Monaten sah Obama im „Islamischen Staat“ eine rein lokale Gefahr, keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten. Nun muss ausgerechnet er, der größte Skeptiker im eigenen Kabinett, seinen Landsleuten erklären, warum Amerika zu handeln hat.

VON FRANK HERRMANN

Manchmal hängen Zitate an einem Politiker, als wären sie Mühlsteine. Barack Obama wird schon oft bereut haben, was er vor Monaten über jene Miliz von Fanatikern sagte, die damals mit ISIS abgekürzt wurde und die man heute meist nur noch IS nennt, den Islamischen Staat. „Die Analogie, derer wir uns hier bedienen, und ich denke, sie ist akkurat“, plauderte der Präsident aus dem Nähkästchen des Weißen Hauses, „ist die, dass eine Schülermannschaft nicht gleich Kobe Bryant wird, wenn sie sich die Trikots der Lakers überstreift. Die Lakers aus Los Angeles, eine Legende des Basketballs. Kobe Bryant, einer ihrer ganz Großen. Und das in einem Atemzug mit bisweilen verummten Rebellen.“

So gern amerikanische Politiker Metaphern aus der Welt des Sports benutzen, diese hier würde Obama wohl am liebsten vergessen. Es gebe einen Unterschied zwischen den Fähigkeiten eines Osama Bin Laden, dessen Netzwerk Al-Kaida Anschläge auf dem amerikanischen Festland plante, und nahöstlichen Dschihadisten, die sich in lokalen Machtkämpfen aufreihen, hatte er dem „New Yorker“ im Januar gesagt. Nun muss ausgerechnet er begründen, warum der IS eine so akute Bedrohung darstellt, dass ihm nichts anderes übrig bleibt als eine Ausweitung der Luftschläge. Dass er tun muss, wogegen er sich lange gesträubt hatte: auch in Syrien intervenieren.

Angeht der Vorgeschichte wirkt der Präsident fast zwangsläufig wie einer, der gegen seine inneren Überzeugungen handelt. Wie ein Stimmungspolitiker, der auf Sicht fährt und sein Handeln an Meinungsumfragen ausrichtet. Sieht man es wohlwollender, liefert er gerade ein Lehrbeispiel jenes schnellen Pragmatismus, dessen sich Amerikaner gemeinhin rühmen, obwohl er zuletzt immer seltener anzutreffen war zwischen festgefahrener Parteienfronten. Zwingen dramatische Ereignisse zur Wende, wirft das Land das Steuer energisch herum. So hat es sich

schon immer gern im Spiegel gesehen, spätestens seit dem 7. Dezember 1941, an dem die Japaner Pearl Harbor überfielen und die USA in den Zweiten Weltkrieg eintraten.

Diesmal waren es grauenvolle Bilder aus der syrischen Wüste, die zum Stimmungsumschwung führten. Bevor die Journalisten James Foley und Steven Sotloff enthaupet wurden, hatte knapp die Hälfte der Amerikaner die Offensive gegen IS noch abgelehnt. Seit dem barbarischen Doppelmord sind 70 Prozent dafür. 61 Prozent befürworten neuerdings Luftschläge auch in Syrien, wogegen sich Anfang August noch eine Dreiviertelmehrheit verwarht hatte. Und der Präsident, mehr getrieben als entschlossen, versucht einen heiklen Balanceakt.

Einerseits will er Härte demonstrieren, andererseits klarstellen, dass er nicht daran denkt, George W. Bushs desaströsen Feldzug im Irak zu wiederholen. Er muss ein Image pflegen, dem er überhaupt erst seinen Aufstieg verdankte, die Reputation des Anti-Bush, und zugleich einer Militäration das Wort reden. Das ist schwierig genug. Die USA, verspricht Obama, werden eine breite Koalition zimmern, um die IS-Rebellen „zu schwächen und letztlich zu zerstören“. „Wir werden die Terroristen zur Strecke bringen, wo immer sie sind“, sagt er und skizziert das Szenario einer Eskalation. „Dies ist ein Grundprinzip meiner Präsidentschaft: Wer Amerika bedroht, wird nirgends sicher sein.“ Daher werde er nicht zögern, IS nicht nur im Irak anzugreifen, sondern auch in deren syrischen Hochburgen.

Damit deutlich wird, dass den Worten Taten folgen, kündigt der Commander-in-Chief an, 475 zusätzliche Militärberater nach Bagdad und Erbil zu entsenden, Ausbilder, die sowohl die irakische Armee als auch die kurdischen Peshmerga anleiten sollen. Somit sind, knapp drei Jahre nach dem Totalabzug, bereits wieder 1600 US-Militärs im Zweistromland stationiert. Heranziehende Ängste daheim, dies könnte den Beginn einer gefährlichen Rutschpar-

tie mitten hinein in den Konfliktsumpf bedeuten, ähnlich wie Anfang der Sechziger in Vietnam, versucht der Präsident durch verbale Beruhigungsspielen zu zerstreuen. Die Berater hätten keinen Kampfauftrag, „wir lassen uns nicht hineinziehen in einen neuen Bodenkrieg im Irak“. Doch die Aussage, keine Bodentruppen in den Kampf gegen IS zu entsenden, ist schon schwammig genug. Denn mit jener Formulierung sind nur reguläre Truppen gemeint. Nicht CIA- und andere Spezialeinheiten; und auch nicht jene „Berater“, die militärgeheimdienstliche Funktionen im Feindgebiet übernehmen.

Noch diffiziler ist das Überschreiten des syrischen Rubikons, zumal Obama im

Frank Herrmann
zum Strategiewechsel
der USA im Kampf
gegen Terroristen

Grunde gegen sich selbst argumentiert, gegen viele, was er früher an Einwänden vorbrachte. Als sein Kabinett im zweiten Jahr des syrischen Bürgerkrieges über Waffen für gemäßigten Gegner Baschar al-Assads diskutierte, war er derjenige, der am heftigsten bremste – Hillary Clinton, damals Chefin des State Department, hat es ihm in ihrem Memoiren nachträglich aufs Butterbrot geschmiert. Den Wirren des Nahen Ostens, dieser undankbaren Region mit ihren Fallstricken, hätte er am liebsten den Rücken gekehrt. Der Irak war für ihn Vergangenheit, ein Exempel für verschleuderte Ressourcen, während die Zukunft in China, Korea, Vietnam lag. Sich auf die glatte Rutschbahn des Syrienkonflikts zu begeben, das hätte nur wieder Amerikas Kräfte gebunden, es abgelenkt vom Schwenk nach Asien.

Und nun muss ausgerechnet Obama um Geduld für einen bewaffneten Einsatz bitten, von dem seine Ratgeber schon jetzt sagen, dass er kaum enden wird in den gut zwei Jahren, die ihm noch im Amt bleiben. Das alles ist viel verlangt von einem Politiker, der als Symbolfigur der Kriegsmüdigkeit galt. Die war und ist bei den Demokraten deutlich ausgeprägter als bei den Republikanern, auch wenn die Grenzen fließend verlaufen. Schon jetzt warnen demokratische Kongressabgeordnete vor dem, was Amerikaner „mission creep“ nennen: vor einem militärischen Abenteuer, das mit einer begrenzten Mission beginnt, mit der Zeit aber fatal aus dem Ruder läuft.



FOTO: AFP

GASTKOMMENTAR

Auf gutem Wege

Markus Rex
zum Erstarren der Ozonschicht

Das Montrealer Protokoll wirkt. Die Ozonschicht über unseren Köpfen wird nicht mehr dünner, und in einigen Bereichen sind erste Anzeichen einer einsetzenden Erholung zu beobachten. Das Ozonloch wird in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wieder verschwinden. Dies ist ein beeindruckender Erfolg der internationalen Anstrengungen zum Schutz der Ozonschicht – weit mehr als eine Million zusätzlicher Hautkrebsfälle pro Jahr sind dadurch weltweit verhindert worden. Obwohl nur ein kleiner Bruchteil davon tödlich verlaufen wäre, sind unzählige Menschenleben gerettet worden.

Dies zeigt zweierlei. Erstens: Auch große, globale Umweltprobleme sind in den Griff zu kriegen, wenn rechtzeitig und nachdrücklich politisch gehandelt wird. Wir müssen nicht wie das Kaninchen regungslos vor der Schlange verharren und abwarten, was da auf uns zukommt. Wir können die Schlange besiegen. Zweitens: Der erfolgreiche Weg führt über internationale Vertragswerke, ausgehandelt unter dem Dach der UNO und mit konkreten, verpflichtenden Regelungen für alle Vertragsstaaten – das Montrealer Protokoll als erfolgreiches Beispiel.

Diese Erfolgsgeschichte lehrt uns noch etwas: Globale Umweltprobleme in den Griff zu bekommen erfordert langfristiges, generationenübergreifendes Denken und proaktives politisches Handeln. Die Ozonproblematik wurde unwissentlich von unserer Elterngeneration mit der Produktion der Ozon zerstörenden FCKW und Halone verursacht. Unsere Generation hat die drohende Gefahr erkannt und mit dem Montrealer Prozess entschieden gegengesteuert. Deswegen werden unsere Kinder und Enkelkinder die vollständige Erholung der Ozonschicht erleben. Plant jede Generation nur für sich, ist solch ein Erfolg unmöglich.

Erfolgreiches Gegensteuern erfordert ein frühzeitiges Erkennen potenzieller Bedrohungen. Das sich entwickelnde Ozonloch wurde völlig überraschend am unwahrscheinlichsten Ort unseres Planeten entdeckt: Über den menschenleeren Weiten der Antarktis. Nur weil es auch dort in der abgelegenen Eiswüste Beobachtungsstationen gab, die uns rechtzeitig gezeigt haben, was sich in der Ozonschicht zusammenbraut, können wir uns jetzt über positive Nachrichten freuen, statt weitere Schreckensmeldungen zur Kenntnis nehmen zu müssen. Unser Umweltssystem umfassend zu beobachten, Alarmzeichen rechtzeitig zu erkennen und zu deuten, erfordert einen langen Atem und gesellschaftlichen Rückhalt für den kostspieligen Betrieb globaler Umweltfrühwarnsysteme. Beherzigen wir diese Lehren aus der Geschichte des Ozonlochs auch in anderen Bereichen, sind wir auf einem guten Weg. vermischtes@weser-kurier.de



Zur Person
Markus Rex (47) ist Klimaphysiker am Alfred-Wegener-Institut (AWI) in Potsdam. Er hat an der Aktualisierung des Montreal-Protokolls mitgewirkt. Außerdem lehrt er an der Bremer Universität als Privatdozent.

PRESESTIMMEN

Hamburger Abendblatt

zu Umgang mit Flüchtlingen: „Angesichts der verstörenden Bilder aus Syrien und dem Irak (...) wird Großherzigkeit zur staatsbürgerlichen Pflicht. Und doch müssen Politik und Gesellschaft trotz heißer Herzen kühlen Kopf bewahren. Deutschland allein wird das dramatische Problem von Armut, Unterdrückung und Verfolgung in der Welt nicht allein lösen können. Wer von offenen Grenzen fantasiert, wird am Ende nicht den Flüchtlingen helfen, sondern den Helfern in den Arm fallen.“

Westfälische Nachrichten

zum Fall Pistorius: „Die Richterinnen schenkt Pistorius' Darstellung der Tat umstände mehr Glauben als den Indizien der Staatsanwaltschaft. Auch wenn sich das Gericht mühte, alle Grundsätze eines fairen rechtsstaatlichen Verfahrens einzuhalten: Es bleiben Zweifel, ob der Grundsatz ‚im Zweifel für den Angeklagten‘ bei entsprechenden Fällen ohne Promi-Faktor in Südafrika ähnlich konsequent angewandt wird“